Nummer 300

# Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Sonnabend, 28. Juni 1924

## Rückkehr sämtlicher Ausgewiesenen aus der französischen Zone.

Paris, 27. Juni.

Havas meldet aus Düsseldorf, General Degoutte habe auf Anweisung der französischen Regierung Vorkehrungen getroffen, um die gleichzeitige Rückkehr sämtlicher aus der französischen Zone des Ruhrgebiets und aus dem Brückenkopf Köln Ausgewiesenen bis auf einige Ausnahmen zu ermöglichen. Diese Entscheidung sei am 27. Juni den Beteiligten mitgeteilt worden. Des weiteren seien Strafeinstellungen zugunsten der wegen Teilnahme am passiven Widerstand Verurteilten angeordnet worden, denen binnen kurzem die endgültige Begnadigung folgen werde.

•

Nach den letzten Bekanntmachungen ist, wie wir an Berliner zuständiger Stellen hören, sämtlichen nach dem 1. Januar 1923 aus dem Ruhrgebiet Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden mit Ausnahme von 74 ausdrücklich genannten Personen. Unter diesen 74 befinden sich, wie wir hören, der Regierungspräsident Dr. Grüner von Düsseldorf, der Landrat Schüne von Essen, der Oberregierungsrat Oezle, der Chef der Polizei in Düsseldorf ferner der Chef der Polizei in Essen und eine Anzahl von Strafanstaltsdirektoren. Die Rückgängigmachung der Ausweisungen schließt aber noch nicht die Wiederzulassung der Heimkehrer zu ihren Aemtern in sich. Hierfür ist vielmehr ein besonderer Antrag notwendig. Leider verlautet auch nichts davon, daß die Zurückkehrenden ihre alten Wohnungen erhalten. Der größte Teil der Schuyo in Düsseldorf und an verschiedenen anderen Orten wird demnächst ihre Posten wiederbesetzen können.

## Die Besatzungsbehörde beschlagnahmt das Düsseldorfer Regierungsgebäude.

Düsseldorf, 28. Juni.

Die Besatzung hat etwa die Hälfte des Düsseldorfer Regierungsgebäudes beschlagnahmt und verlangt, daß die beschlagnahmten 176 Räume ihr bis zum 10. 7. zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um eine Maßnahme, deren Tragweite über die örtlichen Interessen weit hinausgeht und die für die gesamte Verwaltung des Regierungsbezirkes Düsseldorf von größter Bedeutung ist. Wenn diese Beschlagnahme wirklich zur Ausführung gelangt, dürften die Folgen garicht zu übersehen sein. Es wäre bestimmt damit zu rechnen, daß große Teile der Verwaltung einfach stillgelegt würden, daß bei anderen eine Schädigung eintritt, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. In den angeforderten 176 Räumen sind gegenwärtig 700 Beamte und Angestellte nicht nur der preußischen inneren Verwaltung, der allgemeinen Polizei, Landjägerei, Hochbaukataster-, Kassen-, Schul- und Forstverwaltung, sondern auch der großen Kasse des Finanzamtes, des Katasteramtes, des Versorgungsamtes, des Versorgungsgerichts, des Oberversicherungsamtes beschäftigt, abgesehen von einer Anzahl umfangreicher Registraturen, die in den drei Stockwerken untergebracht sind, deren Beschlagnahme die Verwaltungsgeschäfte geradezu unmöglich machen würde.

## Eine selbstverständliche Gegenseitigkeit.

### Deutschland will den englischen Fliegern keine Vorzugsstellung geben.

EP London, 28. Juni.

Die englische Regierung hat heute eine deutsche Note erhalten, worin erklärt wird, wenn die englischen Flugzeuge vom 1. Juli an sich nicht den Bestimmungen unterwerfen, denen die deutschen Piloten unterworfen sind, so würde ihnen die Landung in Deutschland nicht mehr gestattet werden. Die gegenwärtige Lizenz der englischen Flieger läuft mit dem 30. Juni ab. Die Note erklärt, daß die Lizenz nicht erneuert würde, wenn die englischen Flieger sich nicht den deutschen Vorschriften fügen würden.

•

Durch W. T. B. wird weiter gemeldet: Daß Deutschland mit der Nichterneuerung der am 30. Juni ablaufenden Konzession gedroht habe ist wie wir von zuständiger Stelle erfahren nicht zutreffend. Die deutsche Regerung hat die englische Regierung lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß sie, nachdem sie zu dem Ergebnis gelangt sei, daß ihre Bemühungen wegen Abänderung der für die deutsche Industrie geltenden Baubeschränkungen in absehbarer Zeit keine Aussicht auf ein Ergebnis haben, nunmehr auch von den mit Deutschland im Luftverkehr stehenden ausländischen Linien die Verwendung von Flugzeugen verlangen müsse, welche sich innerhalb der durch die Baubeschränkungen begrifflich festgelegten Grenzen für Zivil-Luftzeuge halten. Sie hat sich dabei aber ausdrücklich bereit erklärt, die laufenden Konzessionen an sich noch einmal auf zwei Fonate zu verlängern.

•

Die B. S.-Korrespondenz berichtet hierzu weiter: Nachdem die Entente im Friedensvertrage hinsichtlich des deutschen Flugzeugbaues eine die Motorenstärke sowie die Steig- und Tragfähigkeit umfassende Berechnungsformel aufgestellt hat, deren Ueberschreiten Deutschland verboten ist, hat die deutsche Regierung sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß unter diesen Umständen auch ausländische Flugzeuge, die über die Bestimmungen der Entente hinsichtlich der Motorenstärke usw. hinausgehen, in Deutschland nicht fliegen dürfen, weil sie ja sonst als Kriegsflugzeuge nach Auffassung der Entente zu betrachten seien. Eine Ausnahme wurde dagegen hinsichtlich des zur Zeit der Aufstellung der erwähnten Bestimmungen bereits im Betrieb befindlichen englisch-deutschen Luftverkehrs auf der Linie London—Amsterdam—Berlin gemacht. Auf dieser Linie fliegen englische Maschinen von Typ Hayniland 34, die an Motorenstärke und Größe über das in Deutschland erlaubte Maß etwas hinausgehen. Deutscherseits wurde aber der englischen Regierung mitgeteilt, daß die Zulassung dieser Maschinen nur für eine bestimmte Frist erfolgen könne, es sei denn, daß England eine entsprechende Aenderung der dem deutschen Flugzeugbau auferlegten Bestimmungen durchsetzen könne. Englischerseits erklärte man sich hierzu bereit, doch scheinen die Bemühungen um Milderung der einschränkenden Bestimmungen ergebnislos gewesen zu sein.

# Der neue bayrische Ministerpräsident.

### Held mit 68 von 107 Stimmen gewählt.

München, 28. Juni.

In seiner zweiten Sitzung wählte der Landtag mit 68 von 107 abgegebenen Stimmen Geheimrat Dr. Held zum Ministerpräsidenten. Für den neuen Ministerpräsidenten stimmten die bayerische Volkspartei, die deutschnationale und deutsche Volkspartei, der Bauernbund und das Zentrum, sowie der Abgeordnete Krakowil. Die Demokraten und Sozialdemokraten gaben weiße Zettel ab. Die Wahl verlief ohne Störung durch die Kommunisten.

Die erste Sitzung des bayerischen Landtages mußte

**wegen kommunistischer Störungen abgebrochen**

werden. Die Sitzung wurde um 10.15 Uhr eröffnet. Abg. Wohlmuth schlägt dem Hause vor, den Abg. Dr. Held als Ministerpräsidenten zu wählen. Abg. Buchs (Kommunist) bringt in der Geschäftsordnungsdebatte erneut den Fall Grünfelder zur Sprache und setzt seine Ausführungen gegen den Widerspruch des Präsidenten Königbauer fort. Im Hause entsteht große Erregung. Der Präsident läutet ununterbrochen mit der Glocke. Da der kommunistische Redner andauernd weiterspricht, wird die Sitzung unter großer Unruhe im Hause auf eine Viertelstunde unterbrochen, nachdem der Präsident dem kommunistischen Redner vergeblich das Wort entzogen hatte.

München, 28. Juni.

Der neue Ministerpräsident wird Mittwoch vormittag 9 Uhr das neugebildete Kabinett dem Landtag vorstellen und das Regierungsprogramm entwickeln. Er begibt sich alsdann zur Teilnahme der Ministerpräsidentenbesprechung nach Berlin.

Das endgültige Kabinett Held dürfte sich nach der München-Augsburger Abendzeitung folgendermaßen zusammensetzen: Dr. Held, Ministerpräsident und Minister des Aeußern; Dr. Stützel, Innenminister; Dr. Matt, Kultusminister; Gürtner, Justizminister; Dr. Krausneck, Finanzminister; Dr. von Meinel, Handelsminister; Königbauer, Sozialminister und Dr. Fehr, Landwirtschaftsminister.

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten wurde in der Landtagssitzung noch die Frage der Sitzordnung zur Abstimmung gebracht. Entgegen den Wünschen des Völkischen Blockes gelangte ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, die bisherige Sitzordnung aufrecht zu erhalten, mit großer Mehrheit zur Annahme. Endlich erklärte Präsident Königbauer unter Bezugnahme auf den Vorfall zu Beginn der Sitzung, daß er künftig in Fällen bewußter Störung von der Möglichkeit der Geschäftsordnung Gebrauch machen werde und daß gegebenenfalls eine Ergänzung der Geschäftsordnung erfolgen müsse. Die nächste Sitzung ist für Mittwoch vormittag in Aussicht genommen.

## Heute Uebermittlung der deutschen Antwort.

**Die deutsche Antwort auf die Kontrollnote der Botschafterkonferenz wird, wie wir erfahren, für heute Sonnabend abend nach Paris übermittelt werden. Die Bekanntgabe des Wortlautes dürfte im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Die bisherige Mitteilung der Presse über den Inhalt der Not werde von zuständigr Stelle als Kombination bezeichnet, da die Beratungen im engsten Kreise und vertraulich vor sich gegangen wären.**

## Beratungen der Deutschen Volkspartei über die Preußenkoalition.

Wie wir hören, fand gestern eine gemeinschaftliche Sitzung der Reichs- und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei statt, in der auch die Frage der Preußenkoalition erörtert wurde. Dr. Stresemann berichtete über die Lage der auswärtigen Politik. Wie wir erfahren, haben die Fraktionen der D. V. beschlossen, die Frage der Koalitionsumbildung in Preußen vorläufig bis nach dem Ergebnis der Londoner Konferenz zurückzustellen.

## Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Deutschnationalen Reichstagsfraktion.

TU Hannover, 28. Juni.

Ein Berliner Telegramm der „Niederdeutschen Zeitung" bezeichnet den gestrigen Besuch Hergts und seiner Begleiter beim Reichskanzler im wesentlichen als zu spät. Marx und Genossen hätten entgegen einer Auskunft der Reichskanzlei an Hergt, bereits endgültig über den Inhalt der auswärtigen Note entschieden, die sie auf die Kontrollnote der Entente hin an diese zu richten gedenken. Es sei nicht zu leugnen, daß die Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Schritts der Fraktionsleitung bei Marx innerhalb der Fraktion selbst, wie man hört, geteilt seien, und zwar ebenso wie über die weiter zu befolgende Politik überhaupt. Widerspruch soll insbesondere die Auffassung Hoetschs über die dem Dawesgutachten gegenüber gegebene Einstellung begegnen, ebenso sein Optimismus hinsichtlich der Absichten unserer Gegner und der aus der Annahme des Gutachtens für das Reich zu erwartenden Folgen. Es herrschte Empörung darüber, daß der Gegner fortgesetzt Aeußerungen des Abgeordneten Hoetsch, als des seit den Wahlen anerkannten Sachverständigen der Partei im Kampf gegen die bisherige offizielle Stellungnahme der Deutschnationalen verwenden kann. Auch werde schärferes Vorgehen gegen die Regierung Marx gefordert, der Schonzeit zu gewähren, als vollkommen unzulänglich bezeichnet wird. In allen Fragen bestehen zum Teil recht scharfe Gegensätze.

## Der große Munitionstransport für Polen in Danzig eingetroffen.

Danzig, 28. Juni.

Der seit längerer Zeit erwartete polnische Munitionsdampfer „Warta" mit 450 Tonnen Sprengstoffmunition ist heute früh 5.15 Uhr, aus Cherbourg kommend, in Danzig eingetroffen. Die Löscharbeiten sind bereits im Gange. Umfangreiche Vorsichtsmaßregeln sind seitens der Polizeiverwaltung des Freistaats Danzig getroffen worden. Die Munition soll durch die Eisenbahn auf polnisches Gebiet geschafft werden. Der gesamte Freihafen ist für den heutigen Tag für den Schiffs- und Handelsverkehr gesperrt.

## „Das Wort hat nunmehr Deutschland."

### Erklärungen Herriots.

eca Paris, 27. Juni.

Herriot empfing heute abend eine Anzahl Pressevertreter am Quai d'Orsay. Er erklärte, daß er bezüglich der Unterhandlungen von Chequers und Brüssel auf die Erklärungen verweisen müsse, die er bereits vor Kammer und Senat abgegeben habe. Er betrachte also die falschen und tendenziösen Nachrichten, die ein Teil der Presse über seine diplomatischen Unterhaltungen veröffentlicht hat, als leere und tote Buchstaben. Ueber die heutige Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter bewahrte Herriot vollkommenes Stillschweigen und erklärte lediglich: „Das Wort hat nunmehr Deutschland." Herriot fügte jedoch hinzu, die Absichten der französischen Regierung bezüglich der Micum-Abkommen gingen nicht darauf hinaus, daß ein Zwischenzustand geschaffen würde vor der Konferenz von London die am 16. Juli zusammentreten soll. Das Interesse Deutschlands, wie das Frankreichs und Belgiens sei also einfach, die Abkommen zu verlängern, so wie sie seinerzeit abgeschlossen sind, damit die Londoner Konferenz nützliche Arbeit verrichten, d. h. schnell geeignete Maßnahmen ergreifen könne, um den Sachverständigenplan zur Ausführung zu bringen. Es sei zu wünschen, daß Deutschland von dem gleichen Willen beseelt sei wie alle Alliierten, nämlich das Sachverständigengutachten so schnell wie möglich zur Ausführung zu bringen und infolgedessen noch vor dem 16. Juli die gesetzlichen Maßnahmen zur Annahme zu bringen, die in dem Sachverständigengutachten vorgesehen seien. Im gegenteiligen Fall sei es klar daß die Londoner Konferenz zu Nutzen verliere. Bereits jetzt seien die alliierten Kanzleien im Begriff, sich über die Vorbereitung der Konferenz zu einigen.

EP Paris, 28. Juni.

Der „Matin" schreibt zu der Unterredung zwischen Herriot und dem deutschen Botschafter v. Hoesch, man begreife nicht gut, weshalb unter den gegenwärtigen Umständen Deutschland so lebhaft darauf bestehe, die Frage einer Erneuerung der Micumverträge zum Gegenstand einer direkten Verhandlung von Regierung zu Regierung zu machen. Die deutsche Presse behauptete Herriot, weil er erklärt habe, daß über die Micumverträge an Ort und Stelle verhandelt werden solle. Man könne sich mit großer Berechtigung über die Hartnäckigkeit Deutschlands am Bonaberd einer allgemeinen Lösung wundern. Man könne nicht oft genug sagen, daß die Alliierten durch die Annahme des Expertenberichts, durch ihre Haltung und ihre Sprache einen noch nie dagewesenen guten Willen bewiesen.

Zur Frage der Verlängerung der Micumverträge schreibt „Temps" in einem Leitartikel, wie die gestern von Herriot verlesene Erklärung bekunde, habe die französische Regierung sich in der Tat der Ablehnung des deutschen Vorschlages angeschlossen. Dieser Beschluß sei in Brüssel gefaßt worden, und der belgische Vertreter in der Micum stehe ihm sicher nicht fern. In Paris wünsche man übrigens, diesen Zwischenfall nicht tragisch zu nehmen. Kurzerhand habe man sich an die lakonorische Versicherung, die der belgische Delegierte in der Micum gegeben habe, und er sei es, wie erinnerlich, gewesen, der am 15. April die sofortige Erneuerung der Ruhrverträge für die gesamte zur Durchführung des Sachverständigenberichts erforderliche Zeit verhindert habe. Möge der englische Einfluß unangenehme Ueberraschungen verhindern! Die von Deutschland vorgeschlagene Finanzierung der Ruhrverträge mit Hilfe der im Sachverständigenprogramm aufgeführten Hilfsquellen scheine nicht die Zustimmung der englischen Regierung zu finden.

Eine Reutermeldung aus London bestätigt, daß Italien offiziell die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz am 16. Juli angenommen hat. Die Meldung fährt fort, Deutschland werde ersucht werden, sich wenigstens während eines Teiles der Konferenz vertreten zu lassen. Aus Brüssel wird gemeldet, daß Belgien gestern die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz erhalten hat.

## Deutsch-französische Verständigung nach französischen Vorstellungen.

Aus Brüssel, 22. Juni, wird uns geschrieben:

Baron Jacquinot, geborener Franzose, jetzt luxemburgischer Staatsanehöriger, ist nicht nur ein sehr angesehener Industrieller, der als solcher Mitglied der luxemburgischen Handelskammer ist, sondern auch ein über die Grenzen Luxemburgs hinaus geschätzter Politiker und Schriftsteller. Deshalb hat ein kürzlich von ihm in der „Indépendance Luxembourgeoise" veröffentlichtes Artikel über die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung zur Vermeidung einer europäischen Katastrophe viel Beachtung gefunden.

Der gute Wille des Baron Jacquinot, eine solche Verständigung herbeizuführen, soll nicht angezweifelt werden. Es ist ein Beweis seiner Ehrlichkeit, daß er nicht wie Poincaré und Genossen den Versailler Vertrag als einen rocher de bronce ansieht, sondern ihn als ein „gebrechliches Werk" bezeichnet. Es ist nicht minder ein Beweis seiner Ehrlichkeit, daß er anerkennt, daß Deutschland geographisch und bevölkerungsmäßig sich in viel schwierigerer Lage befindet als Frankreich. Er sagt: „Deutschland ist eingeschnürt in Grenzen, die für die sich mehrende Bevölkerung zu eng sind; es auf sein mäßig fruchtbares Gebiet beschränken, heißt, ihm den Krieg zur Notwendigkeit zu machen. (Ein um so größeres Verbrechen war es, Deutschland die Kolonien fortzunehmen. A. d. R.) Frankreich dagegen, arm an Bevölkerung, aber mit Glücksgütern gesegnet, empfindet nicht dieses gebieterische Bedürfnis, sich auszudehnen."

Baron Jacquinot sieht die Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen beiden Ländern als unsinnig an. „Zwischen Frankreich und Deutschland ließe sich die Frage offenbar leicht lösen; Frankreich braucht die Sicherheit, daß seine Grenzen geachtet werden und daß der ihm zugefügte Schade ersetzt wird. Deutschland braucht für das Gewicht der Reparationen das Gegengewicht der Möglichkeit, Waren auszuführen."

Das ist alles recht schön, aber einmal ist leider doch noch immer ein großer Teil der französischen Politiker nicht ganz so wohlwollend, wie Baron Jacquinot, und zweitens geht aus den weiteren Ausführungen Jacquinots hervor, daß er sich die Verständigung zwischen beiden Ländern so vorstellt, daß Deutschland ganz à merci Frankreichs wäre, denn Jacquinot bemüht sich, Deutschland sowohl mit England wie mit Rußland zu verfeinden.

England wird als der große europäische Ränkeschmied hingestellt. „Zweimal in einem Jahrhundert hat England sich in die Angelegenheiten des Kontinents eingemischt; jedesmal, sowohl 1815 wie 1919, hat es sich die Minderung des Vorteils seiner Verbündeten und die Stärkung der Lage des Besiegten angelegen sein lassen." Das trifft wohl für 1815 zu, wo Wellingtons Einfluß bei der Wiener Konferenz sich im Interesse Frankreichs geltend machte und ein über Dank für die Hilfe war, die Blücher dem englischen Heerführer gebracht hatte, aber es gilt ganz und gar nicht für 1919, denn damals wurden Italien und die Vereinigten Staaten, die für mildere Bedingungen für Deutschland zu haben gewesen wären, durch Clemenceau und Lloyd George lahmgelegt. Einsichtsvolle trifft es zu, wenn Jacquinot weiter sagt, daß die Verständigungsversuche Rathenaus durch das Uebelwollen Englands gescheitert seien. In Cannes war es nicht England, das die Bemühungen Rathenaus bereitelte, sondern Poincaré war es, der den zu einem Ausgleich bereiten Briand stürzte, sich selbst an Briands Stelle setzte und seitdem durch seine brutalen Methoden jede Möglichkeit einer Verständigung hintanhielt.

Sodann bemüht sich Jacquinot, Deutschland vor den gegenwärtigen russischen Machthabern bange zu machen. „Früher oder später muß der Bolschewismus verschwinden oder er wird Europa erobern. Die Verständigung mit dem Bolschewismus ist für Deutschland ein Versuch aus Verzweiflung. Weit mehr würde es ein Auskommen mit Frankreich vorziehen. Seine Politiker und Industriellen sind hierüber einer Meinung. Was ihnen mit Ausnahme Rathenaus abging, war Geschicklichkeit."

Es ist gewiß sehr ehrenwert, daß Baron Jacquinot den toten Rathenau zu anerkennt, aber tut er nicht den Lebenden unrecht? Auch Rathenau mußte an dem bösen Willen Poincarés scheitern, und erst jetzt, wo Poincaré, vorläufig wenigstens, ausgeschaltet ist, ist die Möglichkeit einer Verständigung mit seinem Nachfolger gegeben. Hoffentlich erfüllt sich die Voraussage Jacobinots: „Berufen ein Werk des Friedens und der Versöhnung zu schaffen, muß die französische Regierung dem Willen der jetzigen Mehrheitsparteien Rechnung tragen." Aber auch wenn dieser Optimismus sich rechtfertigen sollte, würde Deutschland ganz gewiß nicht gut daran tun, sich von Frankreich gegen England und Rußland einnehmen zu lassen, um so weniger, als nach den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen bei einer deutsch-französischen Verständigung Frankreich der weitaus stärkere Teil sein würde. Das schafft immer eine üble Lage für den schwächeren Teil, sobald dieser nicht die Möglichkeit hat, sich im Notfalle auch anders zu orientieren.

Im übrigen wird Baron Jacquinot, der, wie oben erwähnt, ein Mann von Ansehen und Einfluß ist, zeigen können, inwieweit er seinen Einfluß zugunsten der von ihm für notwendig erachteten Verständigung geltend machen will.

(Nach unserer Meinung verdient die Frage einer deutsch-französischen Verständigung jedenfalls die ernsteste und vorurteilslose Prüfung. D. Red.)

## Englands Zurückhaltung gegenüber den französischen Sicherheitsforderungen.

London, 28. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die britische Regierung habe in der Frage der weiteren Besetzung der drei Ruhrhäfe durch die Alliierten und der Beibehaltung eines Kerns von alliierten Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet der französischen Regierung keineswegs die Annahme dieser Vorschläge mitgeteilt. Diese beiden Fragen seien mit einer Anzahl anderer von Herriot aufgeworfen worden, aber während seines kurzen Aufenthalts in Chequers habe die Zeit gefehlt, sie eingehender zu untersuchen.